

# *Bildung & Praxis*



# Holocaust Education ohne Antisemitismus

Zum Stellenwert von Antisemitismus in der Vermittlungsarbeit zur Shoah

*Elke Rajal*

Die Logik könnte eine ganz einfache sein: Der sich zum Vernichtungswahn gesteigerte Antisemitismus hat zur Shoah geführt bzw. wurde in ihr realisiert, weshalb Bildungsarbeit zur Shoah neben den Abläufen, Akteur:innen und Opfern auch zentral das Thema Antisemitismus zu behandeln habe. Dass dies in der Holocaust Education lange Zeit nicht der Fall war und auch heute vielfach noch nicht ist, zeigt der vorliegende Artikel. Der im Vergleich zur Holocaust Education neuere Ansatz der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit ist eine Chance, diese Versäumnisse zu kompensieren, doch ist seine Aufgabe nicht primär die Aufklärung über die Shoah, sondern die Behandlung von Antisemitismus weit über die Zeitphase des Nationalsozialismus hinaus. Zumal, und das ist die Kernaussage dieses Texts, Bildungsarbeit zur Shoah ohne ausführliche Berücksichtigung des Antisemitismus ebenso wenig Sinn macht, wie eine antisemitismuskritische Bildungsarbeit, welche die Shoah ignoriert.

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf die Holocaust Education, deren Selbstverständnis und Versäumnisse. Den Hintergrund der Analyse bildet die (ältere) Kritische Theorie und deren Erkenntnisse über eine Erziehung nach Auschwitz. Eingangs soll jedoch kurz die Auseinandersetzung rund um die Bedeutung des Antisemitismus für die Shoah umrissen werden, um daraus Ableitungen für die Vermittlungsarbeit treffen zu können.

## Shoah und Antisemitismus

Seit den 1970er Jahren wurden im deutschsprachigen Raum unter Historiker:innen Debatten rund um den zentralen Motor der nationalsozialisti-

schen Vernichtungspolitik gegen Jüdinnen:Juden geführt bzw. rezipiert.<sup>1</sup> Diametral gegenüber standen sich die Positionen der sogenannten Intentionalist:innen und Strukturalist:innen/Funktionalist:innen. Erstere erklärten die Verbrechen des NS-Regimes primär mit der zugrunde liegenden Ideologie des Antisemitismus, zweitere mit den von den Nazis geschaffenen Strukturen, die zu einer immer stärkeren Radikalisierung geführt hätten.<sup>2</sup> Später kamen Debatten bezüglich utilitärer und ideologischer Täter:innen-motivation hinzu und andere, teilweise ebenfalls stark dichotomisierende Erklärungsansätze wurden formuliert (Longerich 2007).

Mit zeitlicher Distanz zur Hochzeit der dichotomischen Debatten zwischen Strukturalist:innen und Intentionalist:innen hält Peter Longerich (2007) fest, dass es sich nicht zwangsläufig um einander ausschließende Positionen handeln müsse: „Menschen, die beabsichtigen, einen Massenmord durchzuführen, sind auf Strukturen angewiesen; die Strukturen handeln nicht von sich aus, sondern durch Menschen, die ihr Tun mit Absichten verbinden.“

Pragmatische, utilitaristische Begründungen für die Verfolgung von Jüdinnen:Juden, wie etwa die Arisierung oder die Ausbeutung von Arbeitskraft, wurden mit ideologischen Rechtfertigungsstrategien zur Deckung gebracht und Ideologie erfuhr wiederum aus den „Erfolgen“ dieser pragmatischen Vorgehensweise eine zusätzliche Absicherung (ebd.). Als Kritik an der Dichotomisierung kann zudem angeführt werden, dass sich Ideologie und (Zweck-)Rationalität keineswegs ausschließen. Auch im nationalsozialistischen Antisemitismus sind beide Momente enthalten: Das wahnhaft, irrationale Moment verbindet sich mit Formen instrumenteller Vernunft (Horkheimer), insbesondere, was die effektive Durchführung der Shoah anbelangt.

Insgesamt dürften sich bei der Inangsetzung der Shoah eine Vielzahl an Faktoren verquickt haben: Ein sich radikalisierender Prozess der Brutalisierung im Zuge der Durchsetzung kontinentalimperialistischer Expan-

- 
- 1 Jüdische Historiker wie Léon Poliakov und Joseph Wulf beschäftigten sich bereits in den 1950er Jahren mit den Motivationen der NS-Täter:innen. Ihre Werke wurden in Deutschland aber nur spärlich bzw. spät rezipiert. Poliakovs 1951 bereits auf Französisch publiziertes Grundlagenwerk *Bréviaire de la haine* wurde gar erst im Jahr 2021 auf Deutsch – unter dem Titel *Vom Hass zum Genozid* – herausgegeben. Der Vernichtungswille gegenüber den Jüdinnen:Juden wurde darin als das zentrale Ideologiemoment der Nationalsozialist:innen charakterisiert.
  - 2 Beispielfhaft für diese Auseinandersetzung ist der Disput zwischen Daniel Goldhagen und Christopher Browning, siehe z.B. Browning 1998.

sionsbestrebungen der Nationalsozialist:innen und verschiedene ideologische und (gar nicht so) individuelle Motive. Neben dem Antisemitismus selbst wären hier etwa Autoritarismus, Opportunismus, Sadismus oder die vollständige Abstumpfung zu nennen. (Herbert 1998: 63) Dies ist nicht verwunderlich: Dass Antisemitismus in Verschränkung mit anderen Ideologien auftritt, dürfte seit der *Authoritarian Personality* bekannt sein (Adorno et al. 1950).<sup>3</sup> So ist es auch nicht verwunderlich, dass radikaler Antisemitismus und radikales Desinteresse am Schicksal der jüdischen Bevölkerung Hand in Hand gehen konnten.

Die antisemitische Ideologie war, wie Longerich (2007) betont, nicht nur eine „Weltanschauung“, sondern gleichzeitig auch die Begründung des totalen Herrschaftsanspruchs des Nationalsozialismus. Kern des NS-Projekts war die Schaffung einer „rassisch“ homogenen Volksgemeinschaft. In der und durch die Harmonie dieser angestrebten (repressiven) Gemeinschaft ließen sich dann, nach Ansicht der Nazis, auch alle Probleme der Zeit lösen. Diese Vorstellung korrespondiert mit dem „Erlösungsantisemitismus“ (Friedländer 1998: 99ff.): Die Vertreibung und Vernichtung aller Jüdinnen:Juden wurde zur Bedingung der Erlösung des „deutschen Volkes“, nur das Auslöschen der Jüdinnen:Juden konnte in diesem Denken die stets beschworene Apokalypse, den „Untergang des deutschen Volkes“, verhindern.

Das Vermögen des Antisemitismus, Erlösung zu versprechen, kennzeichnet (unter anderem) auch seine Spezifik: Anders als andere Ideologien der Ungleichheit, die ebenfalls einer definierten Gruppe negative Züge zuschreiben und für soziale Distanz eintreten, bündeln sich für den Antisemiten bzw. die Antisemitin in der sogenannten „Judenfrage“ alle nur möglichen Probleme: politische, soziale, religiöse, moralische oder ökonomische. Mit der Entfernung von Jüdinnen:Juden aus der Gesellschaft können somit – in der Sicht der Antisemit:innen – auch auf einen Schlag alle Konflikte gelöst werden. Bereits seit Wagner trug der Antisemitismus totalitäre Züge (Peham 2022, 129). Bruno Frei hielt in den 1930er Jahren fest: „Dass nach Hitler auch der Kapitalismus jüdisch ist, bedeutet nur, dass alles, was am Kapitalismus böse ist, jüdisch sein muss, denn alles Böse ist jüdisch und alles Jüdische ist böse.“ (zit. nach Jungfer 2018: 357). Auf Basis dieser Gleichsetzung mit dem Bösen an sich und der Jüdinnen:Juden zugeschriebenen Allmacht begnügten sich die Nazis nicht mit der Entfernung von

3 Ideologien treten in der Regel nicht isoliert voneinander auf und gewinnen ihre Wirkmacht aus der gegenseitigen Durchdringung. Der Antisemitismus selbst kann als das Paradebeispiel einer intersektionalen Ideologie bezeichnet werden (Stögner 2020).

Jüdinnen:Juden, sondern forderten ihre gänzliche Vernichtung. Das propagierte Ideal der Volksgemeinschaft konnte nur ein von allem Jüdischen entledigtes sein.

Wir können demnach davon ausgehen, dass Antisemitismus den Kern des nationalsozialistischen Herrschaftsanspruches und – bei aller Verquickung mit anderen Motiven – den zentralen Motor für die Verfolgungs- und Vernichtungspolitik gegen Jüdinnen:Juden darstellt. Sehen wir uns nun an, inwiefern sich dies in zeitgenössischen Vermittlungsansätzen zur Shoah widerspiegelt. Vorab möchte ich aber noch erläutern, worum es sich bei Holocaust Education eigentlich handelt und wie und mit welchen Ansprüchen sie betrieben wird.

#### Erziehung über Auschwitz: Holocaust Education<sup>4</sup>

Holocaust Education ist der zeitgenössische Begriff für das Lehren und Lernen über den Nationalsozialismus und die Shoah. Anders als eine breitgefächerte „Erziehung nach Auschwitz“, wie Adorno (1971) sie verstand, ist Holocaust Education ein thematisch und vor allem zeitlich stark eingeschränktes Programm. Nichtsdestotrotz werden von politischer und häufig auch von pädagogischer Seite hohe Erwartungen an sie gestellt (Rajal 2015: 61).

Die Entstehung des Diskurses rund um Holocaust Education geht auf die 1980er-Jahre zurück. Mit dem Ausgangspunkt in den USA entstand „eine sehr pragmatische, auf die pädagogische Praxis zielende Diskussion darüber [...], wie der Holocaust selbst Gegenstand der Erziehung werden könne“ (Heyl 1999). Holocaust Education ist aber nicht nur eine pädagogische Praxis, sondern auch ein Diskurs über die Vermittlung von Wissen über die Shoah sowie von Werten, die ihrer Wiederholung entgegenstünden. Unter Holocaust Education können also zwei Diskursstränge subsumiert werden: die Vermittlung eines historischen Wissens einerseits und eines ethisch fundierten Handlungsimperativs andererseits. Der „Argumentationstopos, dass das Gedenken an Auschwitz zur Einübung freiheitlich-demokratischen Handelns beitragen könne“, bildet dabei „den kaum hinterfragten Kern“ (Langer/Cisneros/Kühner 2008: 18). So antwortete Kofi Annan (2010) in

---

4 Die folgende Darstellung findet sich in einer ausführlicheren Form in meinem Beitrag, der 2023 in dem von Stephan Grigat, Jakob Hoffmann, Marc Seul und Andreas Stahl im Verbrecher Verlag herausgegebenen Band *Erinnern als höchste Form des Vergessens? Deutungen und Umdeutungen des Holocaust* erscheinen wird.

einem Gastbeitrag in der *New York Times* etwa auf die Frage, warum man Holocaust Education betreiben müsse:

„Because of its [the Holocaust’s] historical importance, of course, but also because, in our increasingly diverse and globalized world, educators and policy-makers believe Holocaust education is a vital mechanism for teaching students to value democracy and human rights, and encouraging them to oppose racism and promote tolerance in their own societies.”

In der Folge führt Annan selbst an, dass diese hohen Ziele bislang nicht erreicht werden konnten und argumentiert für ein stärkeres Verbinden des Holocaust mit anderen Genoziden, ethnischen Konflikten und Spannungen unserer Zeit. So könnten Schüler:innen nicht nur über den Holocaust lernen, sondern auch wichtige Lehren aus ihm ziehen. Bezeichnenderweise schreibt er bezüglich der Lehren für die Gegenwart nur mehr von Rassismus, erwähnt aber Antisemitismus mit keiner Silbe. Dieses Aufgehen von Holocaust Education in einer allgemeinen Menschenrechts- oder auch Demokratiepädagogik mit dem Fokus auf rassismus- und weniger antisemitismuskritischen Zielen ist nicht unüblich und ist vor dem Hintergrund einer Universalisierung des Gedenkens zu sehen. Die Spezifika von Antisemitismus und Shoah werden dabei im Extremfall so sehr verwässert, dass letztere zu einer Chiffre jedweder Menschenrechtsverletzung wird.

Etwas bescheidenere Ansprüche im Vergleich zu den hochgegriffenen Zielen vieler Politiker:innen führt die *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) in ihren „Empfehlungen für das Lehren und Lernen über den Holocaust“ an: Die Vermittlungsarbeit zum Holocaust sei eine „wichtige Möglichkeit, kritisches Denken, gesellschaftliches Bewusstsein und die Entwicklung der Persönlichkeit zu fördern“ (IHRA 2019: 5).

Nach diesem kurzen Abriss möchte ich die Frage vertiefen, welchen Stellenwert Antisemitismus in der Holocaust Education einnimmt. Im Folgenden wird versucht, ein allgemeines Bild zu zeichnen, wobei einzelne Vermittlungsansätze und -praxen sich freilich deutlich unterscheiden mögen.

## Der Stellenwert von Antisemitismus innerhalb der Holocaust Education

Sehen wir uns noch einmal die oben erwähnten Empfehlungen der IHRA (2019: 4) an, die für ihre über 30 Mitgliedsstaaten maßgebend sind: Als wesentliches Ziel von Holocaust Education wird festgehalten, man möchte

ein „Bewusstsein für die möglichen Auswirkungen von Antisemitismus [...] schaffen“. Ob eine Kritik des Antisemitismus deshalb selbst im Zentrum der Vermittlung stehen sollte, bleibt an dieser Stelle noch offen.

Als eines von sieben Schlüsselargumenten für den Unterricht über den Holocaust wird sodann angeführt, die Analyse des Antisemitismus im Kontext der NS-Ideologie werfe „ein Licht darauf, wie sich Vorurteile, Stereotype, Xenophobie und Rassismus manifestieren und auswirken“ (IHRA 2019: 15). Eine Beschäftigung mit der Shoah zeigt zwar, wohin Antisemitismus führen kann, ob aber damit ein Licht darauf geworfen ist, wie sich Vorurteile im Allgemeinen manifestieren, ist in Frage zu stellen. Das Zusammenwerfen der verschiedenen Begriffe (Vorurteil, Xenophobie, ...) tut der Sache ebenfalls nichts Gutes, verliert die Argumentation doch so an Präzision.

Richtig weist die IHRA an späterer Stelle darauf hin, dass der Antisemitismus den Holocaust überdauert habe, er nachweislich sogar zunehme. Man hält fest, dass der Unterricht über den Holocaust den Raum schaffe „für die Befassung mit der Geschichte und Entwicklung des Antisemitismus – eines wesentlichen Faktors, der den Holocaust möglich machte.“ (Ebd.) Und weiter:

„Wenn man verschiedene Mittel untersucht, die verwendet werden, um Antisemitismus und Hass zu schüren, wie Volksverhetzung, Propaganda, Manipulation der Medien und gezielte Gewalt gegen bestimmte Gruppen, so kann das Schülerinnen und Schülern dabei helfen, die Mechanismen zu verstehen, die eingesetzt werden, um Gesellschaften zu spalten.“ (Ebd.)

Soweit so richtig, doch legt die obige Formulierung ein primär instrumentelles Verständnis von Antisemitismus nahe. Der Antisemitismus sei ein Mittel, das angewandt werde, um Gesellschaften zu spalten. Doch der Antisemitismus spaltet nicht nur, er schafft auf Grundlage der Abspaltung auch Einheit und Gemeinschaft und dies ist nicht nur im Interesse jener „da oben“, sondern auch im selbsterklärten Interesse der gemeinen Antisemit:innen. Antisemitismus fungiert für sie als „stereotype Welterklärung“ (Rensmann 1998: 91) oder auch als „Alltagsreligion“ (Claussen 1992), die keine Fragen offenlässt, was ihn für Antisemit:innen so attraktiv macht. Bevor man sich den Mitteln, Antisemitismus zu schüren, zuwendet, müsste also erst einmal ein Verständnis davon hergestellt werden, was Antisemitismus überhaupt ist und welche Funktionen er erfüllt.

Es ist zu hoffen, dass diese Wesensbestimmung des Antisemitismus etwa in der von der IHRA empfohlenen Auseinandersetzung mit der Vor-



geschichte des Holocaust passiert. Beispielhaft werden hier christlicher Antijudaismus sowie die Entwicklung des Antisemitismus im 19. Jahrhundert angeführt. Doch auch die IHRA hat keinen unmittelbaren Einfluss darauf, was im Unterricht tatsächlich geschieht. Ein guter Service ist es aber allemal, dass Entscheidungsträger:innen und Lehrkräften am Ende der Broschüre die IHRA-Antisemitismus-Definition in gekürzter Form noch einmal mit an die Hand gegeben wird. Jedoch verbleibt auch diese Zusammenfassung auf der Ebene der Erscheinungsformen und bietet kein Wissen über Geschichte, gesellschaftliche sowie innerpsychische Funktionen des Antisemitismus.

Unklar bleibt, ob und wie Antisemitismus nun tatsächlich im Rahmen von Holocaust Education behandelt wird. Hier wären Schulen, Gedenkstätten, Museen und andere außerschulische Bildungsangebote differenziert zu untersuchen. Zu jedem einzelnen Bereich liegen allerdings unzureichend Daten vor, um ein abschließendes Bild zu erlauben. Eindeutiger ist ein Blick in die Outcomes der Vermittlung: So ging ein österreichisches Forscher:innenteam etwa der Frage nach, welches Wissen über den Nationalsozialismus, den Holocaust, den Zweiten Weltkrieg und die Aufarbeitung dieser Themen bei Wiener Schüler:innen abrufbar ist. Erhoben wurden Antworten von Schüler:innen der 9. Schulstufe, also circa 15-Jährigen, da diese im vorherigen Schuljahr laut Lehrplan im Fach Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung die Themen Nationalsozialismus und Shoah behandelt hatten. Gefragt wurde auch nach einer Kurzdefinition des Begriffs Antisemitismus. Es zeigte sich, dass über alle Schultypen gerechnet rund drei Viertel der Schüler:innen keine basale Definition von Antisemitismus abgeben konnten. Neben dieser weitgehenden Unkenntnis des Begriffs wurde deutlich, dass weniger als ein Drittel der AHS-Schüler:innen (Gymnasium) und weniger als 20 Prozent der BHS-Schüler:innen (Berufsbildende Schule) eine vereinfachte Definition geben konnten. Eine Form des Arbeitswissens, also eine grobe Einordnung des Begriffs, wie etwa „etwas gegen Juden haben“, hätte bereits ausgereicht, um als korrekt gewertet zu werden (Mittnik/Lauss/Hofmann-Reiter 2021: 56–58).

Angesichts des zugrunde liegenden Lehrplanes ist das in der Studie entstandene Bild nicht verwunderlich: Seit dem Jahr 2008 wurde zwar die Behandlung von jüdischem Leben vor und nach dem Holocaust in Österreichs Schulen obligat, ein Eingehen auf den Antisemitismus wäre also naheliegend gewesen, der Begriff Antisemitismus war im Lehrplan aber nicht erwähnt. Erst mit einer Änderung im Jahr 2016 fand der Begriff eine Erwähnung: Nun gilt es zumindest als eines der Ziele des Moduls

„Holocaust/Shoah, Genozid und Menschenrechte“, dass die Schüler:innen Formen des Antisemitismus und des Rassismus zu definieren und zu unterscheiden lernen (RIS 2022). Dieser Lehrplan ist für die betreffende Schulstufe aber erst seit 2018/2019 in Kraft (Zentrum polis 2022), also kurz nach obiger Erhebung.

Dass es beispielsweise an den Darstellungen in den Schulbüchern hapert, zeigen verschiedene Studien zur Thematisierung jüdischer Geschichte (z.B. Liepach/Sadowski 2014 oder Liepach/Geiger 2014). Seit langem wird beanstandet, dass dabei der Antisemitismus die jüdische Geschichte überlagere (Geiger 2019, 1), darüber hinaus wird auch die Behandlung des Antisemitismus selbst kritisiert (Geiger 2012). Bezogen auf den mittelalterlichen Antisemitismus werde beispielsweise das christliche Zinsverbot und das Abdrängen von Juden in die Position der Zinsnehmer oftmals kontextlos, ohne Einbettung in die sozioökonomische Gesamtsituation, sowie als Alleinerklärung dargestellt. Häufig unerwähnt blieben andere von Jüdinnen:Juden ausgeübte Berufe, die ärmlichen Verhältnisse innerhalb der Ghettos, die Umgehungen des Zinsverbotes auf Seiten der Christ:innen usw. Damit werde zum einen der mythische Zusammenhang von Jüdinnen:Juden und Geld/ Macht scheinbar bestätigt. Zum anderen könnten die Pogrome für die Schüler:innen als verständliche, wenn nicht gar zwangsläufige Reaktion auf den „jüdischen Wucher“ erscheinen.<sup>5</sup> Die „reduktive Erklärung des sozialen Antijudaismus mit der Zins- und Verschuldungsproblematik“ sowie die Argumentationskette „Juden/ Jüdinnen – Geld/ Macht – Abneigung“ durchziehe die Schulbücher, so Geiger (2012: 52). Der letztgenannte Dreischritt findet sich nach seinen Beobachtungen auch in der Thematisierung der Weltwirtschaftskrise in den 1920er-Jahren und dient hier wiederum als monokausale Erklärung für den erstarkenden Antisemitismus (ebd.). So liegt es dann nahe, den nationalsozialistischen Antisemitismus fälschlich als ein bloßes Neid-Phänomen zu erklären und zwei Gruppen zu konstruieren: die von der Weltwirtschaftskrise gebeutelte Mehrheitsbevölkerung und die reichen Jüdinnen:Juden.

Wenig verwunderlich also, dass heute noch immer ein relevanter Prozentsatz denkt, Jüdinnen:Juden würden besonders wohlhabend sein und an ihren Verfolgungen eine Teilschuld tragen. Für Österreich wurde 2021 festgestellt, dass rund ein Drittel der Bevölkerung daran festhielt, die meisten Jüdinnen:Juden seien „außergewöhnlich intelligent und wohlhabend“

---

5 Dabei wird der „jüdische Wucher“ zumeist wie eine historische Realität behandelt – wo er doch Projektion des schlechten (christlichen) Gewissens war.

(IFES 2021: 28). Sieben Prozent der Deutschen stimmten im selben Erhebungszeitraum der Aussage „Jews are also to blame for the persecutions against them“ stark oder tendenziell zu, in Österreich waren es gar 19 Prozent (Kovacs/Fischer 2021: 42). Neben dem israelbezogenen Antisemitismus ist der hier sichtbar werdende sekundäre, aus der Abwehr der eigenen (persönlichen und gesellschaftlichen) Schuld resultierende Antisemitismus gegenwärtig die verbreitetste Form. Unter ihn fallen – neben dem Unterstellen einer Schuld an der eigenen Verfolgung – beispielsweise auch die Relativierung der Shoah, Forderungen nach einem Schlussstrich oder das Unterstellen eines wirtschaftlichen Interesses von Jüdinnen:Juden am Gedenken an die Shoah. Diesen Formen der Schuldabwehr hätte die Bildungsarbeit zu begegnen. Anregungen hierfür könnten etwa Adornos Ausführungen zu „Schuld und Abwehr“ (1986) – basierend auf einer vom neugegründeten *Institut für Sozialforschung* 1950 in Deutschland durchgeführten Studie – geben. Zentral darin ist das auch in den aktuellen Umfrageergebnissen deutlich werdende Moment der Verschiebung: „Man verkehrt die eigene Schuld in die der anderen, indem man Fehler, welche diese begangen haben oder begangen haben sollen, zur Ursache dessen erklärt, was man selbst getan hat“ (Adorno 1986: 232).

Solche und andere Motive der Schuldabwehr wären nicht nur reflexiv in einem selbst, sondern auch in politischen Debatten und medialen Diskursen aufzuspüren, wenn Holocaust Education sich sinnvoll mit der (Nicht-)Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Shoah nach 1945 befassen will.

Auch weitere Schriften Adornos zur Aufarbeitung der Vergangenheit und zur Erziehung nach Auschwitz können für die Holocaust Education fruchtbar gemacht werden. Für Adorno bedeutete die pädagogische Hinwendung zur Shoah vor allem, jene Mechanismen zu verstehen lernen, die Menschen zu den Gräueltaten fähig machten, sie anschließend zu erklären und ein allgemeines Bewusstsein dafür zu wecken. Dabei helfe es nicht, „an ewige Werte zu appellieren, über die gerade jene, die für solche Untaten anfällig sind, nur die Achseln zucken würden“ (Adorno 1970: 89f.). Auch dachte Adorno nicht, dass „Aufklärung darüber, welche positiven Qualitäten die verfolgten Minderheiten besitzen“ (ebd.: 90), viel nutzen würde. Er war überzeugt davon, dass die Wurzeln in den Verfolgern zu suchen seien, nicht in den Opfern. Was bedeutet das? Wenn Antisemitismus im Wesentlichen eine Projektion der Antisemit:innen ist – und dies ist ein wesentliches Postulat der Kritischen Theorie – dann müssen die Antisemit:innen

zum Zweck des Erkenntnisgewinns über Antisemitismus ins Zentrum der Analyse rücken und nicht die Betroffenen. Seitdem in den 1990er-Jahren allerdings die Personalisierung des Gedenkens in der Holocaust Education angekommen ist, scheint die unhinterfragte Logik oftmals zu sein, dass eine Auseinandersetzung mit den Opfern Erkenntnisgewinn über Antisemitismus zulasse oder Antisemitismus gar vorbeuge. An den Geschichten der Betroffenen lassen sich aber bezogen auf den Antisemitismus nur die Auswirkungen und nicht die dahinterliegenden Motivationen behandeln.<sup>6</sup> Hierfür wäre auf Erkenntnisse aus der NS-Täter:innenforschung zurückzugreifen, welche ab den 2000er-Jahren langsam Eingang in die Vermittlungspraxis gefunden haben (siehe z.B. Meissel 2010) – die „Täterabsenz“ setzte sich aber auch in vielen Bildungsprojekten nach 2000 fort (Wenninger 2010).

Doch auch die Auseinandersetzung mit Täter:innenbiografien ist kein Garant für Erkenntnisgewinn. In den biografischen Darstellungen kann über die Bedeutung des Antisemitismus für das Handeln der Täter:innen oft nur gemutmaßt werden. Unterrichtsmaterialien mit einem Fokus auf Antisemitismus in der Täter:innenmotivation sowie eine Einbettung in den gesamtgesellschaftlichen Antisemitismus zur Lebenszeit der Täter:innen sind bislang nur spärlich vorhanden, könnten aber – entsprechend aufbereitet – gewinnbringend sein, um über den Antisemitismus und seine Funktionen zu lernen. Dabei müsste jedoch auf die Möglichkeit des Auslösens einer Faszination für die Täter:innen seitens der Lernenden geachtet werden. Aus diesem Grund sollte auch der Einsatz von NS-Propagandamaterial nur sehr überlegt stattfinden, der darüber hinaus zur Festsetzung von rassistisch-antisemitischen Bildern in den Köpfen der Schüler:innen beitragen kann (Siegele 2013: 297). Zu problematisieren ist in diesem Kontext auch das Referieren antisemitischer Vorurteile, um sie dann in meist unzureichender Zeit zu widerlegen. Was hängen bleibt, sind häufig die Stereotype selbst (Jahoda 1994). Auch Geiger (2012: 118) hebt dieses Problem hervor, wenn er feststellt, dass „Vorurteile zwar verurteilt, aber kaum durch Urteile im Sinne einer adäquaten historischen Beurteilung ersetzt“ werden.

Doch sind die Lehrkräfte für so einen überlegten Umgang mit der Möglichkeit, Antisemitismus im Unterricht zu reproduzieren sowie fundiert

---

6 Die Auseinandersetzung mit Biografien der von Antisemitismus Betroffenen ist eine wertvolle Strategie, um ihrer Depersonalisierung durch die Nationalsozialist:innen etwas entgegenzusetzen und war ein wichtiger Schritt zur Qualitätsverbesserung der Holocaust Education. Es sollten nur nicht die falschen Ziele damit verbunden werden.

Antisemitismuskritik zu betreiben, überhaupt ausgebildet? Systematisch erhoben wird das Wissen der Lehrkräfte zum Themenfeld Antisemitismus nicht. Einhellig stellen Forscher:innen aber Mängel fest, was etwa die universitäre Lehrer:innenausbildung zum Thema anbelangt: Antisemitismus werde lediglich als Teilaspekt größerer Zusammenhänge behandelt und auch Fortbildungsangebote zur Antisemitismuskritik seien ein Desiderat, so Robert Sigel (2020: 38). Dies sei nicht verwunderlich, „da die Lehrpläne das Thema kaum benennen“ (ebd.). Wissensdefizite würden zudem in den Bereichen der Geschichte des Zionismus, der arabischen Haltung zur jüdischen Einwanderung, der Mandats Herrschaft, dem UNO-Teilungsplan etc. bestehen. Aber auch das Wissen über die Shoah weise massive Lücken auf und bleibe weit hinter dem aktuellen Forschungsstand zurück (ebd.).

Nicht das Wissen *über*, sondern Vorstellungen *von* Antisemitismus unter Lehrkräften hat Christoph Wolf (2021: 271) beforscht und kommt zum Schluss:

„Eine grundsätzliche Ablehnung von Antisemitismus und eine moralische Verurteilung der Shoah gehen in einigen Fällen mit der Reproduktion von Vorurteilen und Stereotypen sowie antisemitischen Semantiken und Differenzkonstruktionen einher. Ins Auge fallen darüber hinaus eine Verkürzung von Antisemitismus auf Rassismus und Externalisierungsstrategien, zuvorderst in Form von antimuslimischem Rassismus und Klassismus.“

Dies zeigt deutlich, dass dringend bei den Lehrenden angesetzt werden muss, will man kompetenten Unterricht zum Thema Antisemitismus ermöglichen – eine Forderung im Übrigen, die Adorno (1971b: 25) in den 1950er-Jahren bereits als notwendige Erziehung der Erzieher:innen stark gemacht hat.<sup>7</sup>

Derzeit entsteht aber zuweilen der Eindruck, dass es erst gar nicht auf der Agenda der Vermittler:innen steht, im Zuge der Holocaust Education – dezidiert und reflektiert – über Antisemitismus aufzuklären. Im Jahr 2009 habe ich verschiedene Akteur:innen aus dem Bereich der Holocaust Education in Österreich zu ihren Zielen, Selbstverständnissen und vermittelten Inhalten befragt.<sup>8</sup> Die Vertreter:innen des *Bildungsministeriums* meinten

---

7 Handlungsempfehlungen für einen verbesserten Umgang mit Antisemitismus in der Lehrer:innenbildung in Deutschland/Österreich/Schweiz siehe Kumar et al. (2022).

8 Es wurden zehn qualitative, problemzentrierte Interviews mit einer Dauer von einer bis zu knapp drei Stunden Gesprächszeit durchgeführt. Interviewt wurden Vertre-

damals, das Thema Antisemitismus sei bislang vernachlässigt worden, werde aber künftig forciert. Die Interviewpartner:innen aus verschiedenen Vereinen, die Bildungsformate im Bereich Holocaust Education anboten, maßen dem Antisemitismus unterschiedlichen Stellenwert bei: Während wenige eigene Einheiten zum Antisemitismus anboten, vertraten andere die Sichtweise, eine Beschäftigung mit Lebensgeschichten von Ermordeten oder Überlebenden bedeute automatisch auch eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus. Wiederholt fand sich die Annahme, Antisemitismus werde irgendwie implizit mitbehandelt (Rajal 2010: 168–177).

Das in den letzten Jahren zunehmende Bewusstsein in Bezug auf die Notwendigkeit von Antisemitismusprävention in der Schule – abzulesen an einer Vielzahl an Studien und Publikationen zu diesem Thema, aber auch an Unterrichtsmaterialien oder Lehrer:innenfortbildungen – lässt hoffen, dass sich seit der erwähnten Interviewstudie einiges getan hat. Doch davon, dass die Annahme, eine Prävention oder Bearbeitung von Antisemitismus erfolge quasi automatisch mit, wenn Gedenkstätten besucht, Zeitzeug:innen gehört oder Lebensgeschichten bearbeitet werden, überwunden wäre, kann nicht ausgegangen werden. Nach wie vor finden sich bei verschiedenen Trägern der Holocaust Education unter der Rubrik Antisemitismusprävention beispielsweise Unterrichtsmaterialien, die sich etwa mit der Vielfalt jüdischen Lebens vor der Shoah befassen. Mit dem Aufzeigen von Vielfalt kann freilich dem vereinheitlichenden antisemitischen Blick etwas entgegengehalten werden, doch Lebensgeschichten von Jüdinnen:Juden zeigen primär, wie sich Antisemitismus auf die Betroffenen auswirkt, welche Formen er annimmt und welche Folgen er hat. Über die Motivationen der Antisemit:innen und die Funktionen des Antisemitismus kann so – wie erwähnt – nichts gelernt werden.

Und wie sieht die Situation jenseits der Schule an den KZ-Gedenkstätten aus, an die ja häufig die Erwartung herangetragen wird, gegen Antisemitismus und alle anderen Übel zu immunisieren? Die dort tätigen Vermitt-

---

ter:innen des österreichischen Unterrichtsministeriums, Mitarbeiter:innen des österreichischen Innenministeriums (das für die KZ-Gedenkstätte Mauthausen zuständig war) und Mitglieder mehrerer NGOs, die Bildungsaktivitäten zum Thema Nationalsozialismus und Shoah für Schüler:innen organisierten. Darüber hinaus wurden die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse dieser Interviews durch eine Dokumentenanalyse von Lehrplänen und programmatischen Texten kontextualisiert. Die Analyse erfolgte vor dem Hintergrund der Frage, ob Holocaust Education in der praktizierten Form einen Beitrag zur Entwicklung kritischer und mündiger Subjekte im Sinne der Kritischen Theorie nach Adorno leistet. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse findet sich bei Rajal 2015.

ler:innen grenzen sich – aus guten Gründen – von der unmittelbaren Verknüpfung historischer Bildung mit dem Ziel der Antisemitismusprävention häufig ab, wie die Studie von Marina Chernivsky und Friederike Lorenz-Sinai (2022: 36) zeigt. Zu überfrachtet seien die Vermittlungsansprüche und Thematiken bereits. Eine Herausforderung bestehe zudem darin, „Antisemitismus der Gegenwart im Zusammenhang mit der Shoah zu vermitteln, aber diesen nicht auf die Shoah zu reduzieren“ (ebd.: 35), und das in knapper Zeit. Pädagogische Interventionen, wie die Irritation antisemitischer Stereotype, würden sehr wohl gesetzt, einige dieser Interventionen zeugen aber von der falschen Annahme, Antisemitismus habe ursächlich etwas mit Jüdinnen:Juden selbst zu tun, anstatt ihn als Projektion der nicht-jüdischen Mehrheit zu analysieren (ebd.: 36).

Während der Anspruch an KZ-Gedenkstätten, umfassend über Antisemitismus aufzuklären, wohl tatsächlich als überzogen bezeichnet werden kann, so haben andere NS-bezogene Lernorte mit Sicherheit mehr Spielräume und nutzen diese in jüngerer Zeit auch. Zu erwähnen wären für Deutschland beispielsweise das *Haus der Wannsee-Konferenz* und für Österreich das *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes*.

Auffällig ist jedoch, dass das Themengebiet Antisemitismus gerne als „heißes Eisen“ zwischen verschiedenen Akteur:innen herumgeschoben wird und es an vielen Stellen an Expertise fehlt. In den Schulbüchern sei nicht genügend Platz, um auch noch umfassend Geschichte und Funktionen des Antisemitismus zu erläutern, Lehrer:innen seien aufgrund ihrer Ausbildung nicht befähigt, um über speziellere Themen wie den Antisemitismus zu sprechen, Gedenkstätten seien bereits mit Erwartungen überfrachtet und zusätzliche antisemitismuskritische Bildungsangebote von externen Trägern könnten nicht im nötigen Ausmaß bereitgestellt oder finanziert werden (bzw. nur zeitlich stark beschränkt). All diese Argumente mögen ihre Wahrheit haben, doch stellt sich die Frage, wie Antisemitismus so jemals ernsthaft in den Bildungsinstitutionen behandelt werden kann. Wohl nur, wenn alle an einem Strang ziehen und die Thematik nicht externalisiert, also komplett auf schulexterne Bildungsangebote übertragen wird. Diese stellen eine sinnvolle Ergänzung dar, können aber die Lehrenden nicht davon entlasten, sich ein ausreichendes Grundlagenwissen zum Antisemitismus anzueignen. Nur so könnte der von Adorno geforderten „Erziehung nach Auschwitz“, dem Bestreben also, auch auf der Ebene der Bildungsarbeit das Möglichste zu leisten, dass Auschwitz sich nicht wiederhole (Adorno 1970: 88), entsprochen werden. Holocaust Education kann

hierfür, wenn sie die Relevanz des Antisemitismus anerkennt, ein Beitrag sein.

## Fazit

Die eingangs konstatierte untrennbare Verknüpfung von Shoah und Antisemitismus findet bisher kaum Niederschlag in der schulischen Geschichtsvermittlung. Auffällig oft bleibt Antisemitismus in der Vermittlungsarbeit zur Shoah ausgespart oder es werden lediglich seine Folgen, aber nicht seine Entstehung, Geschichte und Funktionen behandelt. Antisemitismus bleibt damit ein unbekannter oder inhaltsleerer Begriff.

Während die Beschäftigung mit Antisemitismus keineswegs auf die Zeit des Nationalsozialismus beschränkt werden sollte, um nicht Gefahr zu laufen, bei den Schüler:innen den Eindruck zu hinterlassen, Antisemitismus habe es vorher nicht gegeben und er habe heute keine Relevanz mehr (Rajal 2021: 184), so sollte sie dennoch in der Holocaust Education nicht zu kurz kommen. Eine präventive Wirkung gegen Antisemitismus steht dabei aber gar nicht im Vordergrund, vielmehr kann Holocaust Education nur so dem Gegenstand gerecht werden.

Wissen über die lange Geschichte des Antisemitismus zu verbreiten, ein Verständnis gesellschaftlicher Strukturen, die den Antisemitismus befördern, zu vermitteln, Einblicke in die innerpsychischen Motivationen hinter dem Antisemitismus zu geben und die Kompetenz, Antisemitismus in all seinen Spielarten zu erkennen, zu fördern, darf aber als Forderung nicht nur an die Holocaust Education herangetragen werden. Dies sind Aufgaben des gesamten Geschichts-, Politik- und Sozialkundeunterrichts, sinnvoll zu ergänzen mit Bildungsformaten zu jüdischer Geschichte, zu Betroffenen-erfahrungen und zu den Angeboten verschiedener Gedenkstätten sowie außerschulischer Bildungsträger im Bereich der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit. Zudem wäre die Vermittlungsarbeit zum Thema Antisemitismus in ein breiteres Programm politischer und sozialwissenschaftlicher Bildung einzubetten, die das Wissen über die Funktionsweisen der Gesellschaft vergrößert und so eine Resilienz gegenüber den Versuchungen des Antisemitismus als personifizierender Welterklärung fördert.



## Literatur

- Adorno, Theodor W. (1986): Schuld und Abwehr. Eine qualitative Analyse zum Gruppenexperiment. In: Ders.: Gesammelte Schriften, Band 9.2, Soziologische Schriften II, Frankfurt/M., 122–324
- Adorno, Theodor W. (1971a): Erziehung nach Auschwitz. In: Kadelbach, Gerd (Hg.): Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959–1969, Frankfurt/M., 88–104
- Adorno, Theodor W. (1971b): Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit. In: Kadelbach, Gerd (Hg.): Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959–1969, Frankfurt/M., 10–28
- Adorno, Theodor W./Frenkel-Brunswick, Else/Levinson, Daniel J./Sanford, R. Nevitt (1950): *The Authoritarian Personality*, New York
- Annan, Kofi A. (2010): The Myth of 'Never Again', <https://www.nytimes.com/2010/06/18/opinion/18iht-edannan.html> [Zugriff: 18.11.2022]
- Browning, Christopher R. (1998): Die Debatte über die Täter des Holocaust. In: Herbert, Ulrich (Hg.): *Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939 – 1945*. Frankfurt/M., 148–169
- Chernivsky, Marina/Lorenz-Sinai, Friederike (2022): „Keine schwerwiegenden Vorfälle“ – Deutungen von Antisemitismus durch pädagogische Teams an Gedenkstätten zu ehemaligen Konzentrationslagern. In: *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung*, Jg. 2, Heft 1/2022, 22–40
- Claussen, Detlev (1992): Die antisemitische Alltagsreligion. In: Bohleber, Werner/Kafka, John S. (Hg.): *Antisemitismus*, Bielefeld, 163–170
- Friedländer, Saul (1998): *Das Dritte Reich und die Juden*. Bd.1: Die Jahre der Verfolgung 1933–1939, München
- Geiger, Wolfgang (2019): Antisemitismus auch im Schulbuch? Zum historischen und pädagogischen Kontext eines gravierenden Vorwurfs, <https://www.medaon.de/de/artikel/antisemitismus-auch-im-schulbuch-zum-historischen-und-paedagogischen-kontext-eines-gravierenden-vorwurfs/> [Zugriff: 18.11.2022]
- Geiger, Wolfgang (2012): Zwischen Urteil und Vorurteil. Jüdische und deutsche Geschichte in der kollektiven Erinnerung, Frankfurt/M.
- Herbert, Ulrich (1998): Vernichtungspolitik. Neue Antworten und Fragen zur Geschichte des „Holocaust“. In: Ders. (Hg.): *Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939–1945*. Neue Forschungen und Kontroversen, Frankfurt/M., 9–66
- Heyl, Matthias (1999): „Holocaust Education“: Internationale Tendenzen im pädagogischen Umgang mit der Geschichte des Holocaust, [http://www.fasena.de/download/heyh/Heyl%20\(1999\).pdf](http://www.fasena.de/download/heyh/Heyl%20(1999).pdf) [Zugriff: 18.11.2022]
- IFES (2021): *Antisemitismus 2020*. Ergebnisse der österreichrepräsentativen Erhebung. Studie im Auftrag des österreichischen Parlaments, Wien
- International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) (2019): Empfehlungen für das Lehren und Lernen über den Holocaust, <https://www.erinnern.at/themen/artikel/empfehlungen-fuer-das-lehren-und-lernen-ueber-den-holocaust-ein-ihra-handbuch> [Zugriff: 18.11.2022]

- Jahoda, Marie (1994): Vorurteile und Vermeidung. Wen erreicht Propaganda, die Vorurteile bekämpfen will? In: Fleck, Christian (Hg.): Marie Jahoda. Sozialpsychologie der Politik und Kultur, Graz/Wien, 197–207
- Jungfer, Anja (2018): Kurskorrekturen: Volksfront und „Judenfrage“ in der Exilzeitung *Der Gegen-Angriff* 1933–1936. In: Börner, Markus/Jungfer, Anja/Stürmann, Jakob (Hg.): Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin/Boston, 337–358
- Kovács, András/Fischer, Gyorgy (2021): Antisemitic Prejudices in Europe: Survey in 16 European Countries, Budapest
- Kumar, Victoria/Dreier, Werner/Gautschi, Peter/Riedweg, Nicole/Sauer, Linda/Sigel, Robert (2022): Thesen und Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Antisemitismus an Schulen und Hochschulen. In: Dies. (Hg.): Antisemitismen. Sondierungen im Bildungsbereich, Frankfurt/M., 241–264
- Langer, Phil C./Cisneros, Daphne/Kühner, Angela (2008): Aktuelle Herausforderungen der schulischen Thematisierung von Nationalsozialismus und Holocaust. Zu Hintergrund, Methodik und Durchführung der Interviewstudie. In: Bayrische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit (Hg.): Einsichten und Perspektiven. Bayrische Zeitschrift für Politik und Geschichte, Themenheft 01/2008, Holocaust Education. Wie Schüler und Lehrer den Unterricht zum Thema Nationalsozialismus und Holocaust erleben, München, 10–27
- Liepach, Martin/Geiger, Wolfgang (2014): Fragen an die jüdische Geschichte. Darstellungen und didaktische Herausforderungen, Schwalbach am Taunus
- Liepach, Martin/Sadowski, Dirk (Hg.) (2014): Jüdische Geschichte im Schulbuch. Eine Bestandsaufnahme anhand aktueller Lehrwerke, Göttingen
- Longerich, Peter (2007): Tendenzen und Perspektiven der Täterforschung – Essay, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30537/tendenzen-und-perspektiven-der-taeterforschung-essay/#footnote-target-1> [Zugriff: 18.11.2022]
- Meissel, Lukas (2010): Verbrechen ohne VerbrecherInnen? Thematisierung von NS-TäterInnen in der historisch-politischen Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus“. In: Hilmar, Til (Hg.): Ort, Subjekt, Verbrechen. Koordinaten historisch-politischer Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus, Wien, 236–251
- Mitnik, Philipp/Lauss, Georg/Hofmann-Reiter, Sabine (2021): Generation des Vergessens? Deklaratives Wissen von Schüler\*innen über Nationalsozialismus, Holocaust und den Zweiten Weltkrieg, Frankfurt/M.
- Peham, Andreas (2022): Kritik des Antisemitismus, Stuttgart
- Rajal, Elke (2021): Möglichkeiten und Grenzen antisemitismuskritischer Pädagogik. In: Grimm, Marc/Müller, Stefan (Hg.): Bildung gegen Antisemitismus. Spannungsfelder der Aufklärung, Frankfurt/M., 182–197
- Rajal, Elke (2015): Holocaust Education in Austria in the Light of the Frankfurt School. In: *Journal for the Study of Antisemitism*. Volume 7 Issue #2, 53–67
- Rajal, Elke (2010): Erziehung nach/über Auschwitz. Holocaust Education in Österreich vor dem Hintergrund Kritischer Theorie, <https://theses.univie.ac.at/detail/8256> [Zugriff: 18.11.2022]

- Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) (2022): Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, Fassung vom 01.09.2018, <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568&FassungVom=2018-09-01> [Zugriff: 18.11.2022]
- Rensmann, Lars (1998): Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität, Berlin
- Siegele, Patrick (2013): Chancen und Grenzen historisch-politischer Bildungsarbeit in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.): Der Bürger im Staat. Antisemitismus heute, 4–2013, 296–302
- Sigel, Robert (2020): Zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der schulischen Bildung. In: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hg.): Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, Themenheft 1/20, München 2020, 33–41
- Stögner, Karin (2020): Intersectionality and Antisemitism – A New Approach. In: Fathom Journal, May 2020, <https://fathomjournal.org/intersectionality-and-antisemitism-a-new-approach/> [Zugriff: 16.12.2022]
- Wenninger, Florian (2010): Die Wohnung des Rottenführers D. Über Opferfokus und Täterabsenz in der zeitgeschichtlichen Vermittlungsarbeit. In: Hilmar, Til (Hg.): Ort, Subjekt, Verbrechen. Koordinaten historisch-politischer Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus, Wien, 54–74
- Zentrum polis (2022): Lehrplan Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung Sek I (2016), <https://www.politik-lernen.at/gskpb> [Zugriff: 18.11.2022]



# Antisemitism as a Field of Political Action

## The Berlin Model for Fighting Antisemitism as an Example of State Efforts against Antisemitism

*Samuel Salzborn*

The history of antisemitism in Germany is long, but the history of state efforts to systematically fight antisemitism is quite short. That is to say: antisemitism has always been the subject of ad-hoc debates in parliamentary, legal, and media contexts, and there are numerous examples in the history of the Federal Republic of Germany of state representatives taking clear positions against antisemitism. But it is only in the last five years or so that the fight against antisemitism has become the focus of institutionalized state efforts.

This article begins by outlining the relevance of fighting antisemitism and its history as a task that is decidedly a responsibility of the state. It then analyzes the Berlin model for fighting antisemitism as a paradigmatic example of how state efforts are concretely pursuing this aim. I have chosen Berlin as an example here for three reasons. First, the state of Berlin is the first and only German federal state to have a plan for fighting antisemitism that spans all departments. Second, the Berlin model is based on integrative cooperation between state agencies and civil society actors. And third, examining Berlin makes it possible to consider the perspective of intermeshed vertical levels of administration, since the state of Berlin is not only a major city, but one whose twelve districts each independently have administrative dimensions comparable to those of other major German cities.

### 1. The Specific Characteristics of Antisemitism and the Prehistory of State Efforts to Fight Antisemitism

Looking at current research on antisemitism, it can be said that this is not simply one form of discrimination among others; antisemitism is not simply a prejudice like many others (Rensmann/Schoeps 2011; Schwarz-Friesel/Reinharz 2013). Even though antisemitism certainly occurs in conjunction with other forms of discrimination such as racism, sexism, or

homophobia, it constitutes a fundamental attitude toward the world that is essentially distinct from them in its constitution. Antisemitism is a combination of worldview and passion, as Jean-Paul Sartre wrote in 1945, a fundamental attitude toward the world, which those who share it use to make sense of everything in politics and society that they cannot or do not want explain and understand. Antisemitic attitudes are characterized by an interpenetration of certain resentments directed against Jews and an extremely strong level of affect, consisting mainly of projection and hatred. Antisemites believe in their worldview not *in spite of the fact* that it is false, but *precisely because* it is false: the point is the emotional added value that antisemitism affords them.

This is one difference between antisemitism and racism and other prejudices, expressed not least in the Shoah. But another, qualitative distinction from racist prejudice and its mechanism for attributing power to the Other in concrete, i.e., material and sexual terms, is the abstract nature of this attribution in antisemitism. Antisemitism is often fantasized in terms of a “mysterious intangibility, abstractness, and generality” (Postone 1982: 15). As a cognitive and emotional system, antisemitism aims for a total claim to explain the world through its own worldview. As a worldview, it offers an all-encompassing system of resentments and conspiracy theories whose concrete articulation has changed, and continues to change, over time. And since antisemitism is based on projections, these resentments and myths are always directed against Jews. The real behavior of Jews has no influence on the antisemitic worldview, just as this worldview constructs itself specifically around the emotional needs of antisemites. Antisemitism is to be understood as a combination of worldview and affect, that is to say, as a specific way of thinking and feeling. Strictly speaking, modern antisemitism is the *inability and unwillingness to think abstractly and feel concretely*. Antisemitism confuses the two: it expects thinking to be concrete, and feeling to be abstract, projecting the ambivalence of a modernity that it finds intolerable onto what the antisemite labels as Jewish (Salzborn 2010).

This is why one must also examine antisemitic insinuations, which always create a distorted image of Judaism that ultimately constitutes “the rumor about the Jews” (Adorno 1951: 110). These rumors have constantly changed throughout history, and antisemites have adapted – for example, after 1945, when the openly racist Nazi antisemitism with its declared aims of extermination had become politically discredited, and antisemites reacted by developing a new defense mechanism to shield themselves from any culpability in the Shoah. This mechanism now held the victims responsible

for themselves disrupting German national memory: the Nazi mass murder was followed by its denial and the rejection of remembrance in the form of an antisemitic reversal of the roles of perpetrator and victim.

An important turning point in the history of antisemitic resentment were the Islamist terrorist attacks of 9/11, which were avowedly directed not only at the United States but at the entire free world and enlightened modernity (Salzborn 2020). Yet as Osama bin Ladin and other Islamist terrorists have always emphasized, these were also, in a crucial way, antisemitic attacks – because for the Islamists, Jews stand for everything they despise. Especially in the Arab world, 9/11 was thus also understood as the initial spark for a worldwide antisemitic mobilization, which, however, was not limited to radical Islamic groups. The development of antisemitism since 9/11, combined with the political reassessment that took place in Germany following the arson attack on the Düsseldorf synagogue in 2000 and the “revolt of decent people” proclaimed at the time by Chancellor Gerhard Schröder (SPD), was the background to the belief that the Federal Republic should commission regular reports on antisemitism in order to track and report current developments and develop measures for prevention and intervention.

In November 2008, the German Bundestag resolved to “enhance the fight against antisemitism and further promote Jewish life in Germany”; and with this goal in mind, it furthermore called on the federal government to commission a report on antisemitism (Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen 2008). The resolution called for this report to be updated regularly and written by an independent panel of experts. Its task was expressed defined, on the one hand, as taking stock of the development of antisemitism in Germany and, on the other, as developing and refining plans and programs to fight antisemitism.

The first report on antisemitism was presented in November 2011, and the second in April 2017, although the composition of the expert panel differed for the two reports. With the two previous reports on antisemitism, the Federal Republic broke new ground for several reasons. Both reports are innovative in being situated at the intersection of scientific research, political-pedagogical practice, and official policy. Moreover, the second report on antisemitism formulated five concrete recommendations for action in addition to a systematic examination of the topic: the appointment of an antisemitism commissioner and the continuation of an independent circle of experts; the consistent tracking, publication, and punishment of antisemitic crimes; the permanent funding of antisemitism prevention

organizations; the creation of a permanent federal-state commission; and long-term research funding on antisemitism. All of these demands directly affect government actions, while being addressed at different though sometimes overlapping levels of national, federal, regional, and local authority.

The federal government and almost all of the states have appointed anti-semitism commissioners (Bremen decided against this recommendation in consultation with its Jewish community). But the specifics of these positions vary considerably. They are located in different ministries (state chancelleries; ministries of the interior, of justice, and of education). Their competencies and financial and personnel resources differ considerably, as does their (non)affiliation with a specific government coalition. Their work is cross-linked and coordinated on key issues by a “Joint Federal-State Commission to Fight Antisemitism and Protect Jewish Life” (Gemeinsame Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens, BLK) chaired by the federal commissioner and cochaired by the state that holds the chair in the Conference of Minister Presidents of the Federal States (MPK). Yet the general situation of fighting antisemitism at the state level is highly disparate across Germany, which may also have something to do with the fact that so far only one federal state has adopted its own interdepartmental plan for fighting antisemitism, namely, the state of Berlin.

## 2. The Berlin Model for Fighting Antisemitism

A significant number of German states are now following the Berlin model, but nowhere is the system for fighting antisemitism as well developed as it is in Berlin: its *Berlin Plan to Advance Antisemitism Prevention* represented the first, and remains the only, state-level, interdepartmental program of its kind. On May 31, 2018, following an initiative proposed by the parliamentary groups of the SPD, the CDU, The Left Party, the Greens, and the FDP, the Berlin House of Representatives passed a motion “Against All Antisemitism! Protecting Jewish Life in Berlin” and called on the senate to develop a state plan for antisemitism prevention. The Berlin senate adopted this plan on March 12, 2019, under the title “Berlin against All Antisemitism! Berlin Plan to Advance Antisemitism Prevention” (*Berlin gegen jeden Antisemitismus! Berliner Landeskonzert zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention*). To justify the decision, it cited the working



definition of the International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) that is now widely used at the federal and state level:

“The working definition of antisemitism of the International Alliance for Holocaust Remembrance, as expanded by the federal government, is the basis for the actions taken by Berlin’s administration to deal with antisemitism. It is thus the starting point for prevention programs and for continuing education and measures to train those working in public service in Berlin. Individual administrative units of the city are encouraged to develop guidelines with practical examples for applying the working definition in cooperation with engaged civil society actors and with Jewish organizations. This working definition states: ‘Antisemitism is a certain perception of Jews, which may be expressed as hatred toward Jews. Rhetorical and physical manifestations of antisemitism are directed toward Jewish or non-Jewish individuals and/or their property, toward Jewish community institutions and religious facilities. Manifestations might also include the targeting of the state of Israel, conceived as a Jewish collectivity’” (Senat von Berlin 2019: 4).

The *Berlin Plan to Advance Antisemitism Prevention* comprises five fields of action: “education and youth: early childhood education, youth work, schools, and adult education”; “justice and internal security”; “Jewish life in Berlin’s urban culture”; “science and research”; and “antidiscrimination, victim protection, and prevention”. The aim is to integrally link the plan’s three central pillars of fighting antisemitism – prevention, intervention, and suppression – and to build, in its conception of antisemitism, on the current expert understanding discussed above. To this end, it was deemed important to include not only academic experts, but also to consult with Jewish organizations and institutions, as well as with civil society actors working in Berlin in the field of antisemitism prevention. The senate furthermore posited that the effectiveness of this plan would depend upon a coordinated approach by all stakeholders, to be established by creating a position to serve as a point of contact for the state of Berlin on all matters related to antisemitism. The position was initially filled on an interim basis in May 2019, and as of August 2020 by permanent appointment.

In addition to this coordinating function, the task of the contact person is to identify further opportunities to advance the prevention of antisemitism in Berlin; to coordinate a group of experts from academia, education, and civil society; to implement regular exchange between Jewish organizations, state government officials, and civil society actors; to foster

cooperation with existing prevention networks, organizations with expertise in antisemitism, and counseling centers; to consolidate data and results from the various sources that track and report antisemitism in Berlin; and to prepare a regular status report on the intervention and prevention of antisemitism in the state of Berlin (the first status report was published on August 14, 2020; the main status report was published on April 05, 2022). In addition to the group of experts, the plan also aimed to systematically network the administrative units of the Berlin state government, with a similar body at district level to coordinate and expand antisemitism prevention measures within each of Berlin's twelve city districts.

The close interlinking of state and civil society work against antisemitism represents an important component of the Berlin model, in that one key aspect is also to build trust. This trust is crucial. As the EU Agency for Fundamental Rights (FRA) has shown, in an empirical comparison of state and nonstate reporting of antisemitic acts in EU member states from the period of 2009 to 2019, the main problem is that antisemitic hate crime is unreported or unrecorded. And in this regard, the trust that Jews place in state actions plays an important role. In Germany, it is not only a history of not coming to terms with National Socialism and the Shoah that undermines such trust, but also present-day actions taken by judicial and governmental officials. High-profile verdicts such as those rendered against the perpetrators of the attacks on the Wuppertal synagogue in 2014, for instance, in which the court ignored the attackers' antisemitic motives, have repeatedly shattered the trust of Jews in Germany's courts. And events such as the antisemitic terrorist attack in Halle, where the local police failed to protect the synagogue on the highest Jewish holiday, and the internal German intelligence service apparently had no advance knowledge of a right-wing terrorist, result not only locally but nationwide in a lasting erosion of the trust that Jews have in investigative authorities and thus in German government officials and courts.

## 2.1 The Level of German States

Against this background, the Berlin model pursues the basic idea that is essential to strengthen civil society actors, which is reflected in the establishment of Berlin's "State Program for Democracy, Diversity, and Respect." This program annually funds around sixty civil society projects dedicated to "preventing right-wing extremism, racism, and antisemitism," fifteen

or twenty of which on average are specifically focused on antisemitism. Strengthening civil society is another central plank of the program because the process of gaining trust must not be carried out solely top-down, but crucially also bottom-up: through actors who enjoy trust within the Jewish community, so that “the voices and perspectives of Jewish victims of antisemitism are taken into account more than has been the case” (Poensgen/Steinitz 2019: 26). To this end, the state of Berlin funds numerous agencies in the field of antisemitism prevention work, while itself also acting in numerous areas at the state level with clearly defined measures in the fight against antisemitism.

The basis for this is the reporting and documentation of antisemitic attitudes among those who live in Berlin and of antisemitic acts and crimes. The Berlin Monitor – a representative survey Berlin residents financed by the state that was focused in 2019 on the topic of antisemitism – showed that antisemitic attitudes are overall less pronounced among all Berlin residents than in Germany as a whole, but that the proportion of Berliners who hold antisemitic views is significantly higher among those without German citizenship than among those who hold it (Pickel/Reimer-Gordinskaya/Decker 2019). As a follow-up to the Berlin Monitor, the views of those affected by antisemitism were also surveyed in 2020 in a qualitative study, the first of its kind in Germany (Reimer-Gordinskaya/Tzschiesche 2020). This follow-up study showed that Jews experience antisemitism in Berlin in all areas of life, as well as a lack of solidarity from non-Jews in taking a stand against antisemitism and bolstering Jewish life. The central deficit perceived by Berlin Jews, according to the study, is that they do not feel able to live without limitations, without discrimination, and thus that they don't feel able to live self-determined lives. They experience antisemitic aggression from almost all segments of the population, ranging from nonverbal gestures, comments, and insults, to physical attacks.

Antisemitic acts and crimes are the overall focus of the section on “justice and internal security”: in this area, the Berlin General Prosecutor's Office (GStA) was the first nationwide to appoint an antisemitism commissioner in September 2018 (Bavaria and Baden-Württemberg followed). The same is true of the antisemitism commissioner of the Berlin police (in office since August 2019), and with the Research and Information Center on Antisemitism (RIAS), a civil society organization that has been working since 2015 to illuminate this dark field and raise awareness about antisemitic acts that may not reach the threshold of being a crime. Many federal states are now taking this as a model and have established their own RIAS offices or

are planning to do so. The work of RIAS in documenting and reporting antisemitic acts is complemented by the consulting services offered by OFEK. RIAS focuses on antisemitic acts that are below a criminal threshold, while also supporting, with its project Regishut, efforts in training and continuing education to make the Berlin police more aware of antisemitism. OFEK Berlin, by contrast, is a counseling center for antisemitic discrimination and violence that advises victims of antisemitic incidents, along with their relatives and institutions who might be looking for guidance and information. These organizations are examples of how reporting and documentation, in addition to sensitivity training and advising, are being carried out by civil society actors that enjoy a high level of trust in the Jewish community, which is crucial for regaining and strengthening trust. To foster exchange between civil society, Jewish communities, and the senate administration, the senate Department for the Interior and Sports (SenInnDS) has established a Round Table against Antisemitic Violence that has been meeting regularly since September 2019. The civil society initiative “Solidarisch gegen Hass” (Solidarity against Hate), founded on the initiative of Chabad Lubavitch Berlin, the Jewish Community of Berlin, and Jehi ‘Or, the Jüdisches Bildungswerk für Demokratie – gegen Antisemitismus 2019 in the wake of attacks against Berlin rabbis, is financed by the state of Berlin and supported by the mayor. The contact person of the state of Berlin for issues of antisemitism also belongs to the supporting members of the initiative “Solidarisch gegen Hass” (Solidarity against Hate), which aims to strengthen civil society engagement in the case of antisemitic attacks and other violence.

In addition, the antisemitism commissioners of the Berlin Police and the Berlin General Prosecutor’s Office have developed a guideline that serves as a practice-oriented recommendation for actions to be taken by investigating authorities in prosecuting antisemitic crimes. This is being combined with ongoing efforts to raise awareness among the police and the courts around the topic of antisemitism. For the police, this means that all situations or reports related to antisemitism are subject to mandatory reporting, in addition to criminal offenses, public gatherings or assemblies, and protective measures. The Berlin GStA also affirms “in principle a public interest in prosecuting such acts” to the extent they are antisemitic, rather than leaving it up to private individuals to file civil suits (Vanoni 2021: 8).

Awareness-raising measures also include ongoing checks on the protection of Jewish institutions – a responsibility that was clearly established in the state treaty that Germany concluded with the Jewish community

of Berlin on November 19, 1993 – along with increased vigilance on high Jewish holidays. However, there are also ongoing training measures on antisemitism for judges and public prosecutors who deal with antisemitically motivated criminal offenses, as well as for legal trainees, in contexts that include the Justice Academy in Königs Wusterhausen and advanced training courses at the German Judicial Academy, as well as in the area of police training and continuing education at the Berlin School of Economics and Law (HWR) and the Berlin Police Academy. In addition to regular participation in commemorative events as part of historical-political education, the Berlin police will turn its attention to the topic of “Jewish Life and the Police: Past Meets Present” (JLUP)” in 2021 with a research project of its own. Part of this project will be a traveling exhibition and commemorative plaque, complemented by the initiation of regular exchanges between police students and young Jews in Berlin.

Efforts to strengthen the perspective of those affected by antisemitism have also been seen at the legislative level in the Berlin State Antidiscrimination Act (LADG) passed in 2020, which for the first time in Germany added “antisemitic attributions” to the kinds of discrimination prohibited by state laws (LADG, Section 2), separate from the federal German criminal code. Moreover, the new version of the law on freedom of assembly in Berlin (2021) was supplemented by a passage that simplifies the prohibition of assemblies referring to international campaigns inciting hatred (Section 14, para. 2), which may become relevant for the large-scale antisemitic rallies on the occasion of the so-called Quds Day that are registered annually in Berlin.

Complementary to the area of justice and internal security, the monthly newsletter “Prevention of Antisemitism in Schools” published by the senate Department for Education, Youth, and Family Affairs (SenBJF), which also refers to events, educational offerings, and new educational materials, and which covers both historical and contemporary topics, is used for continuing education of teachers on the topics of antisemitism and Jewish life in the context of schools and extracurricular education. Public schools are supported in this endeavor by special financial resources in a program for political education, which can also be used explicitly in the area of antisemitism prevention. Furthermore, a handout for teachers on antisemitism prevention at elementary schools was developed. Berlin schools are required to report antisemitic incidents. The state also supports schools in organizing and conducting field trips to extracurricular learning

sites such as memorials, and it conducts training trips for Berlin teachers to the Yad Vashem International Memorial.

Additionally, the state of Berlin supports the civil society project “ACT – Acceptance, Commitment, Training” of the Center of Expertise for the Prevention and Empowerment of the Central Welfare Office of Jews in Germany (ZWST), which aims to raise awareness of how to deal with antisemitism in the context of schools, youth welfare, and youth social work. This is supplemented in the area of youth work by funding for the Action Office for Antisemitism and Race-Critical Youth Work (ju:an) of the Amadeu Antonio Foundation, which works across Berlin districts in aiming to help pedagogical professionals gain expertise and skills. In the area of adult education, further training for course instructors is being designed at Berlin’s *Volkshochschulen*, or adult education centers, to sensitize these institutions to the topic of antisemitism, and a workbook on the topic of “Places of Remembrance – Memorial to the Destroyed Lindenstrasse Synagogue and Jewish Museum Berlin” is being published by the Berlin State Center for Political Education (LpB) with the support of the Jewish Museum Berlin and the adult education centers in Berlin Mitte and Neukölln, as teaching material for integration and orientation courses. A plan to increase the visibility of Jewish life in Berlin’s adult education center programs is also being developed among these institutions in Berlin. The topics of antisemitism and Jewish life are moreover the focus of publications by the LpB and are continually being addressed in events.

In the field of antisemitism research, Berlin supports the Arthur Langerman Archive for the Study of Visual Antisemitism (ALAVA) at the TU Berlin, which holds the most extensive collection of antisemitic images in the world. From 2017 to 2019, Berlin also financed a visiting professorship for antisemitism research at the Center for Research on Antisemitism (ZfA) at the Technical University of Berlin. This professorship was the first in the history of the Federal Republic to focus on research in political science on antisemitism and augmented the historical orientation of the ZfA with expertise in analyzing contemporary events, though this perspective is once again underexposed now that the position has expired.

Digital antisemitism prevention has also been an area of focus. In addition to specific programming and support offered by administrative departments of the senate, such as the contact person of the state of Berlin on antisemitism, the GStA antisemitism commissioner and the anti-semitism commissioner of the police, as well as civil society projects such as “Civic.net – Aktiv gegen Hass im Netz,” run by the Amadeu Antonio

Foundation, or “Online gegen Antisemitismus” of Bildung in Widerspruch e.V. It is also providing support for the fight against antisemitic structures on the Internet or in social networks by expanding the resources and organizational capacity for police investigations.

Berlin also provides regular support to the Jüdischen Kulturtag, an annual festival devoted to Jewish cultural life, and to the Stiftung Neue Synagoge – Centrum Judaicum, the foundation and cultural center housed in Berlin’s New Synagogue. As part of the 2021 celebration of 1700 years of Jewish life in Germany, which also coincides with the 350th anniversary of the Jewish Community in Berlin, Berlin is also supporting the activities of 321–2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland, a registered association in Germany which has received applications from around sixty projects in Berlin.

## 2.2 The Level of City Districts

Because of how Berlin is administratively structured, its approach must respond to the fundamental challenge posed by the fact that it is both a federal state and a city with twelve districts, each of which has administrative dimensions comparable to those of other major German cities. The city is furthermore made highly heterogeneous by differing social structures, sociocultural traditions (themselves often significantly influenced by the neighborhoods within Berlin’s ninety-seven city subdistricts, as an official level of administration below the level of the twelve districts), and East-West histories that are still evident today. This heterogeneity also includes the fact that the districts face different challenges depending on how antisemitism is expressed. In eastern districts, especially those on the outskirts of the city, antisemitism motivated by right-wing extremism plays a stronger role. In Neukölln, by contrast, Islamic antisemitism is more pronounced. And although the number of antisemitic incidents is often highest overall in Mitte and Charlottenburg-Wilmersdorf in a district-to-district comparison, this is influenced by factors such as relevance for tourism or the location of transportation hubs where many Berliners and non-Berliners often pass through.

The work of Berlin’s districts can be tracked based on the categories found in the *Berlin Plan to Advance Antisemitism Prevention*, while taking into account that certain tasks are the responsibility of the state and not of city districts (such as justice, internal security, education). These are primarily in the fields of basic work to fight antisemitism, historical educa-

tion and remembrance, education and youth, and Jewish life in Berlin's urban culture, in addition to work that crosses over between areas, such as efforts in antidiscrimination and victim protection. The following account can only be taken as an overview, especially considering that a number of civil society actors are active in the ninety-seven subdistricts of Berlin's city districts, all of whom cooperate in various ways with district agencies. But it is not possible to provide a systematic and complete account of their efforts. To take an example from the field of education: a film screening about the history of antisemitism might take place at an adult education center, accompanied by a lecture, with a book table organized by a local bookstore to present related titles, and the event might be sponsored by an organizing alliance of several organizations.

In the overall view of the district's work against antisemitism, it is clear that this work already existed in numerous places before the *Berlin Plan* was adopted. But this plan has nevertheless had a crucial effect in initiating and coordinating state efforts at the level of city districts. This can be seen most clearly by looking at the basic work being done to fight antisemitism: the Berlin district of Friedrichshain-Kreuzberg, for example, implemented the state plan directly at the district level in a resolution passed by the district council for a "District Strategy against Antisemitism" (2019). This strategy includes appointing a district antisemitism commissioner and establishing a district alliance against antisemitism with actors from the districts, the Jewish community, and antisemitism prevention. In addition to Friedrichshain-Kreuzberg, the district of Tempelhof-Schöneberg has also initiated such an alliance, and the district of Neukölln is planning one. All Berlin districts have assigned the topic of antisemitism to specific departments within their area of responsibility. In some cases, there are also explicit plans to establish a position of antisemitism commissioner (Friedrichshain-Kreuzberg), or this has already been done (Lichtenberg, Pankow, Steglitz-Zehlendorf). Independent district reports on the development of antisemitism and antisemitism prevention are being planned in several districts, although one must also note that established structures already exist in Berlin at this level to document the development of antisemitism and to coordinate work with the state-level actors RIAS and OFEK. These include the district-level Partnerships for Democracy, funded by the federal program "Live Democracy!" and supported by the Berlin State Center for Democracy at the senate Department for Justice, Consumer Protection, and Anti-Discrimination; and the district registration offices, which document and track discrimination and violence.



The field in which the most extensive work has been done at the district level, well before the *Berlin Plan*, is that of historical education and remembrance. All districts hold events to mark historical events, such as International Holocaust Remembrance Day on January 27, Day of Liberation on May 8, or the Kristallnacht on November 9; in 2020, the seventy-fifth anniversary of the surrender of the Wehrmacht, May 8, was even declared a one-time public holiday in Berlin. There are also extensive visits to remembrance sites, as well as education events, with the purpose of keeping alive a historical memory of National Socialism and the Shoah, and the districts maintain or support historical sites of remembrance. Examples include the Janusz Korczak Library at the Jewish Orphanage in Pankow, the SA Prison Papestraße memorial in Tempelhof-Schöneberg, the Eichborn-damm and Krumpuhler Weg historical memorials in Reinickendorf, and the geodatabase “Map of Remembrance Sites” in Treptow-Köpenick. Sites of Nazi persecution are made quite visible in Berlin by memorial plaques, and there are more than 8,400 *Stolpersteine* – small brass cobblestones remembering victims of the Nazis – throughout the city. Districts are often responsible for their maintenance, often in cooperation with schools. And in the Pankow neighborhood of Weißensee, which also contains the largest preserved Jewish cemetery in Europe, there is an exhibition that includes information on the story and purpose of the *Stolpersteine*, which originated in an idea from the artist Gunter Demnig.

The renaming of antisemitic street names or the proactive naming of streets or squares after locally significant Jewish personalities also falls within the responsibility of city districts, as part of their work in historical remembrance. Berlin is known nationwide in this regard primarily because of the recurring debates about Treitschkestraße or Pacelliallee – two streets named after a virulent German nationalist and antisemite, and the pope who signed a treaty with Nazi Germany in 1933, respectively, that continually provoke calls for renaming. Less well known are successes in renaming city streets and squares, such as the decision to rename the square in Spandau in front of the former prison holding war criminals – where neo-Nazis often gather for demonstrations named after Rudolf Hess – as “White Rose Square,” commemorating the resistance group in Munich; or the naming of Edith-Kiss-Strasse in Friedrichshain-Kreuzberg to commemorate the artist who became known in the 1990s for sketches of her experiences in concentration camps, which she completed shortly after she was freed at the end of the war. Since the renaming of street names is the responsibility of the district councils and there have long been significant hurdles for changing a

name that already exists, the Berlin senate amended Section 5 of the Berlin Street Law to create a legal framework making it easier to rename streets that carry the names of antisemites.

The thematic area of education and youth primarily concerns work outside of schools, since the responsibility for education within schools lies with the senate. At the district level, this means that work in this area is focused more on interconnected issues that arise in determining what is needed in specific fields in the school's wider milieu (Salzborn/Kurth 2021: 34f.). That said, district-level efforts are mainly focused on implementing training against antisemitism. This work is carried out in several Berlin districts in cooperation with the *ju:an* project mentioned above, with the aim of training educators who can act as multipliers in their own schools. It is augmented by thematizing antisemitism in working groups dedicated to building shared social space and in educational networks at the level of the district youth welfare offices. The work of Berlin's twelve adult education centers in the area of general adult education, which has already been addressed at the senate level, is pragmatically structured to include wide-ranging educational course offerings on both antisemitism and on Jewish religion, culture, and history, in addition to Israeli regional studies and Hebrew. It has also included exhibitions such as "L'Chaim – To Life!" at the Volkshochschule Marzahn-Hellersdorf; city tours through neighborhoods with Jewish history and cultural life today, for example, as organized by the Volkshochschule Pankow; or guided tours of Jewish cemeteries organized by the Volkshochschule Mitte. With a focus on aspects of international education and exchange, the extensive twinning projects of the Berlin districts with Israeli cities should also be mentioned here. Eight of Berlin's twelve districts maintain such partnerships, and one district even has partnerships with two Israeli cities (Spandau with Ashdod; Reinickendorf with Kyriat Ata; Charlottenburg-Wilmersdorf with Karmi'el and with Or-Yehuda; Steglitz-Zehlendorf with Sderot; Pankow with Ashkelon; Mitte with Holon; Tempelhof-Schöneberg with Nahariya; and Neukölln with Bat-Yam).

Jewish life in Berlin's urban culture is often practiced by the districts in the context of Jewish holidays, in addition to cooperation with the Jewish community and the communities of Berlin's synagogues. Examples include setting up Hanukkah menorahs on Pariser Platz (at the Brandenburg Gate) in Mitte or on Bayerischer Platz in Tempelhof-Schöneberg for Hanukkah; joint celebrations of Hanukkah or Sukkot with accompanying activities organized by local neighborhood organizations, as is being intensively pursued in Treptow-Köpenick with the project "TKVA – Treptow-Köpenick for

Diversity against Antisemitism”; the development of an audio tour “Jewish (Hi)stories in Prenzlauer Berg” in Pankow; the joint celebration, by district politicians and the Jewish community in Marzahn-Hellersdorf, of “Mitzvah Day”; or even temporary projects, such as in Spandau, where the district is supporting the Jewish theater ship MS Goldberg in its search for a permanent mooring.

As a challenge that cuts across various fields of work, levels of government administration, and differences between public and private actors, efforts in the area of “antidiscrimination, victim protection, and prevention” also touch upon numerous thematic areas at the district level and cooperation with civil society actors. The PFDs and the district register offices have already been mentioned here. But at least since the explorative study carried out in Berlin accommodations for refugees by the American Jewish Committee on the topic of “Attitudes of Refugees from Syria and Iraq toward Integration, Identity, Jews, and the Holocaust” (Jikeli 2017), this issue has also manifested itself as an important field for action in two respects. First, there is a clear need to protect refugees from antisemitic discrimination. And second, there is a need for continued vigilance against antisemitic discrimination on the part of refugees. This is an issue that Pankow, among other districts, is explicitly addressing by offering intercultural remembrance projects for refugees in German and in Arabic, and through workshops on antisemitism organized by the district’s Integration Advisory Council.

### 3. Summary

Focusing especially on *descriptive-explorative* moments, this article has presented the development of state efforts to fight antisemitism by examining the *Berlin Plan for Fighting Antisemitism*. Systematic efforts to fight antisemitism on the part of the state and the city administration still constitute an extremely young field of policy, and Berlin is the only federal state so far to have developed a systematic administrative plan to do so. This means that it would be extremely helpful to have comparative research – but also that this is not yet possible inasmuch as no real points of comparison exist. Questions about how effective these policies are or how they are being steered thus cannot be conclusively answered at this point. The *Berlin Plan* can nevertheless serve to demonstrate the potential range of state efforts to fight antisemitism, in various fields of state-level policy (in the traditional

sense of actions taken in a number of state-level departments and policy fields). Furthermore, actions to integratively network state and civil society actors, as a potential condition for successful antisemitism prevention, at least hints at a multilevel perspective. The intermeshed structure of Berlin's state and city district governments and administrations is undoubtedly a specific feature of the Berlin model. One first indication for later comparative research, however, is that in the German states extending beyond a single metropolitan area a purely top-down policy that does not reflect the level of urban-rural differentiation could significantly impede administrative efforts to fight antisemitism.

Moreover, the crucial issue for advancing antisemitism as a field of political action remains an area of tension. The actual development of antisemitism in Germany unmistakably shows that antisemitism commissioners are needed institutionally in order to have an ongoing grasp of this set of issues as a structural challenge in German politics – rather than just reacting on an ad hoc basis (in response to antisemitic incidents) in the short term and thus in a way that tends to lack any long-term efficacy.

“Over the past two years, a lot has happened in the field of antisemitism prevention in Germany, including work initiated by its federal antisemitism commissioner. Examples include supporting civil society actors to improve the tracking and reporting of antisemitic incidents; creating advisory structures; convening expert panels and writing reports; and establishing a federal-state forum to advance and maintain a focus on the prevention of antisemitism as a consistent topic in government efforts at the federal and state level” (Korgel 2020: 149).

Lorenz Korgel, who served on an interim basis for a bit more than a year as the point of contact for the state of Berlin in matters relating to antisemitism, before the position was permanently filled, emphasizes quite clearly that a distinctive function of this work consists of “naming antisemitism in all its forms and making sure it is condemned” (ibid.). This is without a doubt a task that requires work at the level of public communication and the media. But it also has an effect internally, on administrative structures, where it can spur or support changes at the level of policy, administration, and the law.

The flip side of this, however, is that the process of critically addressing antisemitism in Germany is now – finally – a process that has come to be understood as a political challenge. Nonetheless, social resistance to the issue remains extensive, and the potential for antisemitic violence is also

growing: “in the long run, the warnings of antisemitism commissioners will not be enough; what is needed, rather, is a stance across all parts of society that condemns antisemitism in all its forms and stands in solidarity with the Jewish community” (ibid.: 153).

Translated by Michael Thomas Taylor

## Bibliography

- Adorno, Theodor W. (1951): *Minima Moralia: Reflections on a Damaged Life*, trans. E. F. N. Jephcott, London 2005
- AGH Berlin (2018): *Gegen jeden Antisemitismus! – Jüdisches Leben in Berlin schützen*, AGH Berlin Drs. 18/1061 v. 31.05.2018
- FRA (European Union Agency for Fundamental Rights) (2020): *Antisemitism. Overview of antisemitic incidents recorded in the European Union 2009–2019*, Wien
- Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP & Bündnis 90/Die Grünen (2008): *Antrag „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern“*. BT-Drs. 16/10775 (neu) v. 04.11.2008
- Jikeli, Günther (2017): *Einstellungen von Geflüchteten aus Syrien und dem Irak zu Integration, Identität, Juden und Shoah*, Berlin
- Kienzl, Gabriele (2018): *Orte der Erinnerung – Denkmal für die zerstörte Synagoge Lindenstraße und Jüdisches Museum*, Berlin
- Korgel, Lorenz (2020a): *Zwischenbericht des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus*, AGH Berlin Drs. 18/2930 v. 14.08.2020
- Korgel, Lorenz (2020b): *Einmischen im staatlichen Auftrag. Seit zwei Jahren gibt es in Bund und Ländern erste Antisemitismusbeauftragte. Zeit für erste (selbst-)kritische Beobachtungen*. In: *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*, 2/2020, 149–153
- Pickel, Gert/Reimer-Gordinskaya, Katrin/Decker, Oliver (2019): *Der Berlin-Monitor 2019. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie*, Magdeburg/Leipzig
- Poensgen, Daniel/Steinitz, Benjamin (2019): *Alltagsprägende Erfahrung*. In: *Salzborn, Samuel (ed.): Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen*, Baden-Baden, 13–28
- Polizei Berlin/Generalstaatsanwaltschaft Berlin (2021): *Leitfaden zur Verfolgung antisemitischer Straftaten in Berlin*, Berlin
- Postone, Moishe (1982): *Die Logik des Antisemitismus*. In: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken*, 1, 13–25
- Reimer-Gordinskaya, Katrin/Tzschiesche, Selana (2020): *Antisemitismus, Heterogenität, Allianzen*. *Forschungsbericht zum ersten Schwerpunkt der Aktivierenden Befragung im Berlin-Monitor*, Magdeburg/Leipzig
- Rensmann, Lars/Schoeps, Julius H. (eds.) (2011): *Politics and Resentment. Antisemitism and Counter-Cosmopolitanism in the European Union*, Leiden/Boston

- Salzborn, Samuel/Kurth, Alexandra (2021): Antisemitismus in der Schule. Erkenntnisstand und Handlungsperspektiven. In: Salzborn, Samuel (ed.): Schule und Antisemitismus. Politische Bestandsaufnahme und pädagogische Handlungsmöglichkeiten (2. Ed.), Weinheim, 9–49
- Salzborn, Samuel (2010): Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich, Frankfurt/New York
- Salzborn, Samuel (2019): Das Instrument des Antisemitismusberichts und die aktuelle Entwicklung von Antisemitismus in Deutschland. In: Haviv-Horiner, Anita (ed.): In Europa nichts Neues? Israelische Blicke auf Antisemitismus heute, Bonn, 20–34
- Salzborn, Samuel (2020): Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne (2. Ed.). Mit einem Vorwort von Josef Schuster, Weinheim
- Salzborn, Samuel (2022): Das Berliner Modell der Antisemitismusbekämpfung. Bericht des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus, Senat von Berlin/AGH Drs. 19/0300 v. 11.04.2022
- Sartre, Jean-Paul (1945): Portrait de l'antisémite. In: Les Temps modernes, 1, 442–470
- Schwarz-Friesel, Monika/Reinharz, Jehuda (2013): Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert, Berlin/New York
- Senat von Berlin (2019): Berlin gegen jeden Antisemitismus! Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention, Berlin
- SenBJF (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie) (ed.) (2020): Umgang mit Antisemitismus in der Grundschule. Alltag von Jüdinnen und Juden in Berlin, Auseinandersetzung mit antisemitischen Vorurteilen, Thematisierung des Holocaust, Berlin
- Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus (2011): Bericht: Antisemitismus in Deutschland – Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze, BT-Drs. 17/7700 v. 10.11.2011
- Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus (2017): Bericht, BT-Drs. 18/11970 v. 07.04.2017
- Vanoni, Claudia (2021): Bericht der Antisemitismusbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaft Berlin. Berichtszeitraum: 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2020, Berlin
- VDK (Verein für Demokratische Kultur in Berlin) & RIAS Berlin (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin) (2021): Antisemitische Vorfälle in Berlin 2020, Berlin

## Die Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Markus Baum ist Professor für Soziologie an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen am Standort Aachen und Gründungsmitglied am Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS). Er ist Autor von *Zu einer Kritischen Gesellschaftstheorie der Kommunikation. Erfahrungsarmut und der Ausschluss von Ästhetik und Hermeneutik im Werke Habermas'* (VS Springer 2018) und Mitherausgeber von *Rechte Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft – Rassismus, Rechtspopulismus und Extreme Rechte zum Thema machen* (Budrich 2021).

Prof. Dr. Daniel Burghardt ist Professor für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Ungleichheit und soziale Bildung an der Universität Innsbruck. Er ist u.a. Mitautor des Buches *Vulnerabilität. Pädagogische Herausforderungen* (Kohlhammer 2017) sowie Mitherausgeber von *Schlüsselwerke der Vulnerabilitätsforschung* (Springer VS 2019) und von *Verletzungspotenziale – Kritische Studien zur Vulnerabilität im Neoliberalismus* (Psychosozial-Verlag 2022).

PD Dr. Ingo Elbe ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Privatdozent am Institut für Philosophie der Universität Oldenburg, 2017/18 war er Gastprofessor an der JLU Gießen. Autor u.a. von *Paradigmen anonymer Herrschaft. Politische Philosophie von Hobbes bis Arendt* (Königshausen & Neumann 2015); *Gestalten der Gegenaufklärung. Untersuchungen zu Konservatismus, politischem Existentialismus und Postmoderne* (Königshausen & Neumann 2021), Mitherausgeber von *Probleme des Antirassismus. Postkoloniale Studien, Critical Whiteness und Intersektionalitätsforschung in der Kritik* (Edition Tiamat 2022).

Dr. phil. Thorsten Fuchshuber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centre Interdisciplinaire d'Étude des Religions et de la Laïcité (CIERL) an der Université libre de Bruxelles und Journalist. Er ist Autor von *Rackets. Kritische Theorie der Bandenherrschaft* (ça ira 2019) und hat gemeinsam mit Judith Frishman den Band *Samuel Hirsch – Philosopher of Religion, Advocate of Emancipation and Radical Reformer* (De Gruyter 2022) herausgegeben.

Marlene Gallner ist Herausgeberin von *Jean Améry. Essays on Antisemitism, Anti-Zionism, and the Left* (Indiana University Press 2022). Sie lebt in Wien und ist Redaktionsmitglied von *sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik*. Zuletzt erschien „Die klassische Aufklärung, eine optische Täuschung? Jean Améry und Theodor W. Adorno über Aufklärung und Moderne“, in: Dvořák, Johann/Gruber, Alex/Ruttner, Florian (Hg.): *Unabgegoldene Hoffnung. Kritische Theorie, Moderne und Ästhetik* (Praesens 2021).

Prof. Dr. Stephan Grigat ist Professor für Theorien und Kritik des Antisemitismus an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, Leiter des Centrums für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) in Aachen sowie Research Fellow an der Universität Haifa und am London Center for the Study of Contemporary Antisemitism. Er ist u.a. Autor von *Die Einsamkeit Israels: Zionismus, die israelische Linke und die iranische Bedrohung* (Konkret 2014) und Herausgeber von *Iran – Israel – Deutschland: Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm* (Hentrich & Hentrich 2017) sowie *AfD & FPÖ: Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder* (Nomos 2017).

Dr. Matthias Küntzel ist Politikwissenschaftler und Historiker. Von 2004 bis 2015 war er externer associate researcher beim Vidal Sassoon International Center for the Study of Antisemitism (SICSA) an der Hebrew University in Jerusalem. Seine Studie *Djihad und Judenhass. Über den neuen antijüdischen Krieg* (ça ira 2002) wurde in fünf Sprachen übersetzt. Zudem ist er u.a. Autor von *Die Deutschen und der Iran. Geschichte und Gegenwart einer verhängnisvollen Freundschaft* (wjs 2009) und *Nazis und der Nahe Osten. Wie der islamische Antisemitismus entstand* (Hentrich & Hentrich 2019).

Florian Markl ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Leiter beim Nahost-Thinktank Mena-Watch in Wien. Zuvor war er Archivar und Historiker beim Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus und Lehrbeauftragter an der Universität Wien. Alex Feuerherdt ist freier Publizist und lebt in Köln. Er schreibt regelmäßig u.a. für *Jungle World*, *Jüdische Allgemeine*, *n-tv.de* und das Portal *Mena-Watch* und ist er Betreiber des Blogs *Lizas Welt*. Markl und Feuerherdt sind Autoren von *Ver-einte Nationen gegen Israel – Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert* (Hentrich & Hentrich 2018) und *Die Israel-Boycottbewegung – Alter Hass in neuem Gewand* (Hentrich & Hentrich 2020).



Dr. habil. Ulrike Marz war 2018 Gastprofessorin an der Justus-Liebig-Universität Gießen und bis 2022 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Universität Rostock. Sie ist Autorin von *Kritik des islamischen Antisemitismus. Zur gesellschaftlichen Genese und Semantik des Antisemitismus in der Islamischen Republik Iran* (Lit 2014) und *Kritik des Rassismus. Eine Einführung* (Schmetterling 2020) sowie Co-Autorin von *Iran – Israel – Deutschland: Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm* (Hentrich & Hentrich 2017).

Elke Rajal ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet am Lehrstuhl für Soziologie der Universität Passau. Sie engagiert sich in der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (FIPU). Zuletzt erschienen: „Rechtsextremismusprävention in der Schule: Möglichkeiten und Grenzen“ (gemeinsam mit Andreas Peham), in: Goetz, Judith/Reitmair-Juárez, Susanne/Lange, Dirk (Hg.): *Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus. Politische Bildung – Pädagogik – Prävention* (Springer VS 2022).

apl. Prof. Dr. Samuel Salzborn is Adjunct Professor for Political Science at Justus-Liebig-University Giessen and Contact Person for Antisemitism, State of Berlin. He received his doctorate in 2004 at the University of Cologne and habilitated at the University of Giessen in 2009. Among other things he was a Research Fellow of the Hebrew University of Jerusalem, a Visiting Lecturer at the University of Economics, Prague, and a Visiting Professor at the University of Marburg.

Dr. phil. Gerhard Scheit lebt als freier Autor und Essayist in Wien. Er ist Mitherausgeber der *Jean Améry Werkausgabe* (2002–2008) sowie von *sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik* und Autor u.a. von *Verborgener Staat, lebendiges Geld. Zur Dramaturgie des Antisemitismus* (ça ira 1999, 2003), *Suicide Attack. Zur Kritik der politischen Gewalt* (ça ira 2004), *Quälbarer Leib. Kritik der Gesellschaft nach Adorno* (ça ira 2011) und *Im Ameisenstaat: Von Wagners Erlösung zu Badiou's Ereignis. Ein Essay über Musik, Philosophie und Antisemitismus* (Sonderzahl 2017).

Prof. Dr. Martin Spetsmann-Kunkel ist Professor für Politikwissenschaft an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen und Co-Leiter des Centrums für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) in Aachen. Er ist Herausgeber von *Kultur interdisziplinär – Eine Kategorie in der Diskussion* (Budrich 2019) und Mitherausgeber von *Rechte Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft. Rassismus, Rechtspopulismus und extreme Rechte zum Thema machen* (Budrich 2021) sowie *Kulturalisierungsprozesse in Bildungskontexten: Bildungsaspirationen von Jugendlichen aus Südosteuropa* (Nomos 2019).